



Themen

Seite 1

Rede OB Pannermayr in Erlangen

Seite 4

Podiumsdiskussion Bayerischer Städtetag

Seite 6

Kommunen sind kein Ausfallbürge

Seite 7

Wohnungsbau und Kinderbetreuung

Seite 8

Klimaschutz mit Energie und ÖPNV

Seite 9

Unterbringung von Obdachlosen

Seite 10

Investitionen in Krankenhausbau

Seite 11

Benchmark Wasser und Abwasser

Pannermayr: Auf das Wesentliche konzentrieren

„Es wird schwerer, die Balance bei allen anstehenden Aufgaben zu halten“, umschreibt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr die hohen Herausforderungen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Sie versuchen auch unter widrigen Umständen die Dinge am Laufen zu halten, trotz steigender bürokratischer Anforderungen und trotz des steigenden Personalmangels in allen Bereichen der Rathaus-Arbeit. Bei der Vollversammlung des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2023 in Erlangen am 13. Juli sagt Pannermayr: „Die großen Veränderungen und Transformationsprozesse schlagen unheimlich schnell bei uns vor Ort auf.“

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nutzen jede Gelegenheit, um für die Bürgerschaft ansprechbar und erreichbar zu sein. Sie sind am Abend und am Wochenende unterwegs, zeigen Wertschätzung bei Veranstaltungen, sie hören zu und integrieren. „Mit dem Wissen um das Machbare übersetzen wir die Komplexität des Alltags in die Lebenswirklichkeit der Menschen. Überall dort, wo plumpe und zu kurz gedachte Lösungsfallen aufgestellt werden, werden wir nicht müde, zu argumentieren,“ so Pannermayr.

„Plumper Populismus darf nicht zum Leitstern politischen Handelns werden“, sagt Pannermayr unter Beifall: „Auch, wenn es zunehmend Kraft kostet, wirken wir den wachsenden Zentrifugalkräften entgegen. Wir haben uns aus Überzeugung für das kommunale Engagement entschieden.“

Die Gemeinden bilden laut Artikel 1 der Bayerischen Gemeindeordnung die Grundlage des Staates und des demokratischen Lebens, sagt Pannermayr: „Das trifft tatsächlich zu. Und so erfahren wir regelmäßig, dass unsere Arbeit Sinn stiftet. Kommunalpolitiker sind keine Freunde des Konjunktivs: ‚Man müsste‘, ‚eigentlich müsste‘, ‚man sollte‘ – das ist nicht unsere Sprache.“

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



Fortsetzung von Seite 1

Die Kommunen stehen bereit, bei Problemen anzupacken, sagt Pannermayr: „Die Kommunen können es, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Auf die Problemlösungskompetenz der Kommunen können Bund und Freistaat Bayern vertrauen.“ Zu klären ist, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind, um das Gelingen zu ermöglichen.

Kommunen sind keine Bittsteller. Damit das Zusammenspiel mit Bund und Freistaat funktioniert, muss laut Pannermayr die kommunale Ebene rechtzeitig auf Augenhöhe als Gesprächspartner eingebunden sein. Die Dinge laufen besser, wenn die kommunale Ebene frühzeitig gehört und mit ihren Einschätzungen ernst genommen wird. Pannermayr zieht das Fazit: „Wir können den Blick aus der Praxis und für das vor Ort Machbare mitbringen, wissen aber auch um die Notwendigkeit von Kompromissen mit Freistaat und Bund. Zu diesen Kompromissen sind wir bereit.“

„Wir müssen uns gemeinsam auf das Wesentliche konzentrieren. Es irritiert, mit welcher Leidenschaft manche Themen diskutiert werden, die eigentlich nicht auf der Agenda stehen,“ sagt Pannermayr und richtet einen Appell an Bundes- und Landespolitik: „Reißen wir nicht jede Woche ein neues Thema an. Wir können nicht alles gleichzeitig machen. Und wir müssen vor allem wieder weniger an der zweiten oder dritten Stelle hinter dem Komma arbeiten, sondern dort, wo es darauf ankommt. Mehr Großzügigkeit und Freiheit im Detail und im Kleinen, Konzentration und Aufmerksamkeit für die wirklich entscheidenden Fragestellungen.“

Grundsätzlich zeigt sich, dass das Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Erfolge von früher auf der Basis billiger Zulieferungen von Energie, von Rohstoffen oder Arzneimitteln aus Russland, China und Schwellenländern nicht mehr tragfähig ist. Pannermayr: „Wir müssen vom kurzfristigen ökonomischen Denken zum strategischen Ansatz für Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit kommen.“

In Stichpunkten zählt Pannermayr auf, „was über Jahre hinweg funktioniert hat“ für die Menschen,

nun aber für alle spürbar unter Druck gerät: Bezahlbare Wohnungen fehlen, Kitaplätze fehlen, der Notarzt kommt nicht mehr so zuverlässig wie früher gewohnt. „Das macht etwas mit unserer Gesellschaft. Der Zusammenhalt wird schwieriger.“

Für die wirklich entscheidenden Aufgaben brauchen die Kommunen eine auskömmliche Finanzierung und tragfähige Rahmenbedingungen, erläutert Pannermayr. Ein Beispiel sei der Klimaschutz. Die Maßnahmen sind ungenügend, da Finanzmittel und Personal fehlen, um Klimaschutz und Klimaanpassung voranzutreiben. Wenn Klimaschutz lediglich als freiwillige Leistung und nicht als Pflichtaufgabe eingestuft bleibt, ist die enorme Transformationsaufgabe auf kommunaler Ebene nicht zu stemmen.

Auch das Thema Kinderbetreuung beschäftigt die Menschen sehr. Wenn Kitas ausgebaut werden sollen, fehlt jedoch in der Praxis die Finanzierung von Bau- und Betriebskosten; und es fehlt besonders das Personal – was sich zum Herbst spürbar auswirken wird. Nötig ist ein Nachdenken über Flexibilisierung und Vereinfachung, auch wenn Standards und Betreuungsschlüssel fachlich begründbar sind. Beim Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern wachse der „Zweifel, ob wir dem Anspruch Rechnung tragen können“.

Die Schule muss laut Pannermayr eine klare Ansage bekommen, was sie zu liefern hat für die Betreuung am Freitagnachmittag und für die Ferienzeiten. Das System Schule müsse einen wesentlichen Teil der Leistungen für den Ganztagsanspruch erbringen. Pannermayr mahnt in Richtung Bund und Freistaat: „Seid vorsichtig mit weiteren Garantien und Versprechungen zu Lasten Dritter. Wir müssen uns ehrlich machen, denn das holt uns alle ein. Es genügt nicht, über das juristisch Abgesicherte bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs zu reden. Es geht am Schluss darum, den Menschen in die Augen sehen zu können.“

Darüber hinaus skizziert Pannermayr als Beispiel die akute Situation bei den Krankenhäusern:

Fortsetzung von Seite 2

„Eine Gesellschaft ohne leistungsfähige Krankenhäuser ist nicht denkbar.“ Kommunen dürfen nicht zu Ausfallbürgen bei Krankenhäusern degradiert werden, die für hohe Defizite einstehen müssen.

Als Grundproblem markiert Pannermayr, dass zwar nominell die Haushalte einen Aufwuchs für kommunale Fördermittel verzeichnen, real aber wegen steigender Aufgaben und höherer Ausgaben, nicht zuletzt inflationsbedingter Kosten, weniger Mittel bei Kommunen verfügbar sind. „Geld muss in unserem Land unglaublich lange Wegstrecken zurücklegen. Und es bleibt ein erheblicher Teil auf diesem Weg liegen, bis es tatsächlich Wirkung entfalten kann.“

Die Förderwege sind zu kompliziert und zu lange. Lange Wege kosten Geld, das dann bei den eigentlichen Projekten fehlt. Man muss darüber sprechen, wie das Förderwesen zu verschlanken und zu vereinfachen ist. Nötig sei die Stärkung der allgemeinen kommunalen Steuerkraft, die Stärkung der Verbundmasse und der Schlüsselzuweisungen, meint Pannermayr: „Das Schlüsselwort ist Vertrauen, denn Vertrauen reduziert Komplexität.“

Der demographische Wandel rollt, illustriert Pannermayr: „In allen Branchen und Berufen, in der Bäckerei und im Rathaus, im Bauhof und der Schule, in der Kita und im Krankenhaus, in der Pflege und im Handwerk, im Notarzwagen und im Linienbus spüren wir alltäglich die Folgen des Arbeitskräftemangels. Das ist aber nur ein Vorboten dessen, was uns in den nächsten Jahren mit Wucht erfassen wird, wenn die Generation der ‚Baby-Boomer‘ der 1960er und 1970er Jahre in den Ruhestand geht. Es werden weniger Köpfe, Herzen und Hände zur Verfügung stehen.“

Schuldzuweisungen helfen da nicht weiter. „Wir müssen diesen Prozess insgesamt verstehen und offener kommunizieren und erklären. Eine der möglichen Schlussfolgerungen ist schlicht und einfach, dass wir künftig sehr viel stärker priorisieren müssen, welche Aufgaben für eine Gesellschaft am Ende wirklich wichtig sind. Das ist nicht nur eine Frage an ‚die Politik‘, sondern letztlich an die gesamte Gesellschaft. Wir werden

manche Aufgaben künftig vielleicht gar nicht mehr bearbeiten, manche mit geringerer Intensität. Vielleicht müssen wir an der einen oder anderen Stelle unsere Liebe zur Einzelfallgerechtigkeit kritisch hinterfragen und auch mehr Freiheit wagen. Dazu gehören auch eine Weiterentwicklung unserer Fehlerkultur und das Hinterfragen von Standards. Das betrifft auch die Kommunen. Auch wir sind in Sachen Bürokratie immer wieder selbst Täter, häufiger jedoch Opfer.“

Für diesen Wandel müssen die Menschen laut Pannermayr gewonnen werden – mit Hilfe von Ehrlichkeit und Aufgabenkritik: „Auf diesen Weg wird sich unsere Gesellschaft aber nur begeben, wenn wir uns hier noch viel ehrlicher machen und nicht immer wieder die nicht nachhaltige Pauschallösung ‚mehr Geld‘ in den Raum stellen.“ Kommunen sind bereit, daran mitzuwirken, Verantwortung zu übernehmen.

Das große Ganze müsse mehr in den Mittelpunkt rücken, anstatt ständig über kleinteilige Korrekturen nachzudenken, sagt Pannermayr: „Die kommunale Selbstverwaltung hat unserem Land gut getan. Sie war und ist ein Erfolgsmodell. Deshalb werden die Kommunen auch weiterhin eine wesentliche Rolle übernehmen dürfen. Wir sind dazu bereit, mitzuwirken und uns gemeinsam auf den Weg zu machen. Auf diesem Weg sollten wir vor allem die großen Wegmarken suchen und nicht täglich den Kurs ändern.“

Der Bayerische Städtetag ist seit 127 Jahren laut Pannermayr „eine verlässliche Gemeinschaft, die ihre Stärke ganz wesentlich aus dem parteiübergreifend respektvollen Umgang und der ehrlichen Leidenschaft für die tiefe Bedeutung der kommunalen Idee gewinnt. Wir sind bereit, für den Weg in eine gemeinsame Zukunft.“

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Eine Podiumsdiskussion als Tennis-Match beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2023 **Spiel, Satz und Sieg auf dem Centre Court in Erlangen**

Ein Hauch von Vorwahlkampf durchströmte die Heinrich Lades Halle beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2023 in Erlangen, als Finanzminister Albert Füracker, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Grünen-Fraktionsvorsitzender Ludwig Hartmann, SPD-Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn und FDP-Fraktionsvorsitzender Martin Hagen mit Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer (Regensburg), Oberbürgermeisterin Eva Weber (Augsburg) und Erster Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund (Pullach) über die aktuellen Herausforderungen unserer Zeit diskutierten (Moderation Stephanie Heinzeller, BR).

Oberbürgermeisterin Weber wählte sich mit Blick auf den Schlagabtausch mit schnellen rhetorischen Ballwechseln zwischen den Vertretern des Bayerischen Landtags zeitweise gar in einem Tennis-Match. Und trotzdem schienen alle am Platz für eine gemeinsame Sache zu spielen: für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der staatlichen und kommunalen Ebene, um den Menschen Verlässlichkeit zu geben. Das – so waren sich am Ende alle einig – ist die beste Waffe gegen Populismus.

Bleibt man beim Bild des Tennis-Matches, dann ergibt sich für die Zusammenfassung der Diskussion der Eindruck, dass das Match zu Beginn durchaus verbissen geführt wurde. Finanzminister Füracker schien an seiner Grundlinie zu kleben: Der Freistaat stelle den Kommunen so viel Geld wie noch nie zuvor zur Verfügung, über 20 Milliarden Euro. Und trotzdem höre man von den Kommunen immerzu „man sollte, man müsste, man brauche“. Die Erwartungshaltung an den Freistaat sei zu groß. Als Finanzminister könne er nur das Geld ausgeben, das er zuvor einnehme. Er sei an die Schuldenbremse gebunden.

Der Return war druckvoll: Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erwiderte mit „man sollte, man müsste, man brauche“: Dies seien genau die Worte, mit denen der Bund und auch der Freistaat immerzu neue Aufgaben auf die kommunale Ebene übertrage. Hinter den Städten stehe

keiner mehr, der es macht: Kita, Schulen, Glasfaser würden auf kommunaler Ebene gemacht. „Die Aufgaben werden vor unsere Rathhaustüren gelegt und wir müssen es dann erledigen.“ Was fehlt, seien die Finanzmittel und das Personal, um diese Aufgaben zu erledigen.

Der Ballwechsel blieb nicht lange unkommentiert von Wirtschaftsminister Aiwanger: „Wir müssen Bürokratie besser managen“, raunte er durch das Mikrofon in den Centre Court. Aiwanger möchte den Kommunen mehr Geld und mehr Freiheiten geben. Denn man sei gefangen im eigenen System.

Finanzminister Füracker verbat sich jegliche Kritik an seinem Spielstil und verbuchte diese sogar als „populistisches Geschrei“. Dieses habe beispielsweise vor einigen Jahren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge geführt. Heute zahle der Freistaat drei Mal mehr als die Kommunen damals vereinnahmt hätten. Aufgabenkritik will aber auch der Finanzminister üben. Für diese Diskussion stehe er bereit.

Auf den Rängen meldeten sich sodann die Fanlager: Wir stehen in Bayern gut da, aber bestimmte Aufgaben der Kommunen werden nicht finanziert, stimmte Florian von Brunn für die SPD-Opposition an. Kommunen brauchen Ganztagsbetreuung, Geld für Wohnungen und Krankenhäuser. Zudem zeigte sich auch von Brunn als Fan von Entbürokratisierung. Kommunen kriegen als erstes den Unmut der Menschen ab. Es sei entscheidend, dass Kommunen handlungsfähig sind, fügte Ludwig Hartmann für die Grünen an. Selbst Banner waren zu sehen: „Gebt den Kommunen mehr Vertrauen!“ Was vor Ort erwartet wird, muss umsetzbar sein, so Martin Hagen für das Fanlager der FDP.

Das Match geht in eine entscheidende Phase. Maltz-Schwarzfischer mit einem starken Vorhandschlag: Regensburg habe sich selbst hohe Klimaziele gesetzt und diese mit Konzepten, Programmen und Pilotprojekten hinterlegt. Insgesamt wird der Investitionsbedarf etwa für klimaneutrale Sanierung von städtischen Gebäuden

Fortsetzung von Seite 4

und klimaneutralen Umbau von Wohngebäuden in den kommenden Jahren auf über eine Milliarde Euro geschätzt – ein Betrag, den eine Stadt alleine nicht stemmen kann. Nur gemeinsam könnten die hochgesteckten Ziele des Klimaschutzes bis 2040 oder insbesondere die Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 gelingen.

Das kommunale Lager fürchtet gar, dass sich der Klimaschutz zum Kipppunkt entwickeln könnte: Manche Kommunen können ihre Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen. Dann kommen wir in schwierige gesellschaftspolitische Situationen. Kommunen brauchen eine solide Finanzausstattung, bekräftigte Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund. Oberbürgermeisterin Weber geht mit einem starken Aufschlag direkt ans Netz: Klimaschutz und Klimaanpassung sind ein Riesenkraftakt und sind kommunale Pflichtaufgaben, „das bekommen wir nur gemeinsam hin“. Dafür kam sofort Beifall aus den Rängen. Florian von Brunn appellierte: „Haushalt nicht gegen Klimaschutz stellen. Klimaschutz muss Pflichtaufgabe werden und darf nicht auf die lange Bank geschoben werden“.

Nicht weniger spannend war der zweite Satz. In der Zwischenpause gab es noch eine hitzige Unterredung des Finanzministers Füracker mit Headreferee Stephanie Heinzeller über das Digitalisierungsparadoxon: Hat die Digitalisierung der letzten Jahre tatsächlich Geld und Personal gespart oder eher das Gegenteil bewirkt?

Mit Spannung geht es in den zweiten Satz. Susanna Tausendfreund schlägt auf: Der Anspruch auf Ganztagsbetreuung scheitert am Fachkräftemangel, „der Freistaat muss in die Pflicht genommen werden, dass die Schulen die Ganztagsbetreuung abdecken“. Der Personalmangel erschwert die Umsetzung.

Es dürfen möglichst keine Standards gesetzt werden, die alles noch teurer machen. Das Klassenzimmer müsse auch am Nachmittag für die Betreuung genügen, statt neue Gebäude teuer zu bauen, war aus der Kommentatoren-Tribüne zu hören: „Wir dürfen uns nicht überstrapazieren“, so Aiwanger.

Oberbürgermeisterin Weber bezeichnete die Umsetzung des Ganztagsanspruchs bis 2026 als sehr, sehr schwierig. Das sei eine riesige Herausforderung. Sie kündigte noch viele Gespräche der kommunalen Spitzenverbände mit dem Kultusministerium an.

Mit einer scharfen Rückgabe traf der Finanzminister zum Ende des Matches die Linie: „Es geht um Kinderbetreuung am Nachmittag, aber nicht um Bildung am Nachmittag.“

Nach einem hitzigen aber fairen Match waren sich alle einig und wollten „alle in einem Boot“ sitzen.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

BAYERISCHER STÄDTETAG 2023

Forderungen des Bayerischen Städtetags an Landtag und Staatsregierung zur Landtagswahl 2023

Der BAYERISCHE STÄDTETAG 2023 am 12. und 13. Juli in Erlangen formuliert „Forderungen des Bayerischen Städtetags an Landtag und Staatsregierung zur Landtagswahl 2023“.

Das Forderungspapier steht zum Herunterladen zur Verfügung:
https://www.bay-staedtetag.de/fileadmin/Downloads/Jahrestagungen/2023/Forderungen_des_Bayerischen_Staedtetags_an_Landtag_und_Staatsregierung_2023.pdf

Weitere Unterlagen zur Vollversammlung unter
<https://www.bay-staedtetag.de/jahrestagungen/2023/downloads>

Kommunen haben einen Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzierung

„Kommunale Ebene ist kein Ausfallbürge für staatliche Aufgaben“

Mehrere unterschiedliche Krisen verschärfen sich derzeit gegenseitig, Probleme vermischen sich, Unsicherheiten wachsen. Dies macht den Menschen Sorge und beschäftigt die Politik auf allen Ebenen, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Vieles von dem, was in der Welt passiert, steht letztlich zur Lösung auf kommunaler Ebene an. Die Menschen waren gewohnt, dass bei Problemen zügig eine Lösung zur Hand war. Doch auf viele komplexe Fragen – Energiekrise und Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel und Integration – gibt es keine schnelle und einfache Antwort. Ressourcen werden knapper und weniger Personal steht zur Bewältigung von Aufgaben zur Verfügung.“

Unter der Dauerlast der Corona-Pandemie hat die kommunale Daseinsvorsorge mit einer stabilen Infrastruktur gute Dienste geleistet, meint Pannermayr: „Auf die Problemlösungskompetenz der Kommunen können Bund und Freistaat bauen. Die Kommunen müssen gut aufgestellt bleiben, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Wir müssen uns nun auf Wesentliches beschränken und die Komplexität reduzieren. Nötig ist die Konzentration auf vordringliche Probleme. Gesetzliche Rahmenbedingungen müssen praktikabel sein, um eine rasche Umsetzung zu sichern. Die Kommunen können steigende Standards und immer neue Aufgaben nicht mehr ohne weiteres erfüllen. Es muss nicht alles bis ins Detail geregelt, genehmigt und geprüft werden. Vertrauen in das sachgerechte Handeln der Kommunen reduziert Komplexität: Personelle Kapazitäten und finanzielle Ressourcen sind klug einzuteilen. Politik auf Landes- und Bundesebene muss sich hüten, ständig neue Themen anzureißen und Erwartungen zu wecken, die sich nicht erfüllen lassen.“

Gesetzliche Ansprüche und neue Aufgaben verursachen zum Beispiel bei Wohngeld, Bürgergeld und Ganztagsanspruch für Grundschulkindern steigende Kosten. Pannermayr: „Die kommunale Ebene darf nicht als Ausfallbürge für die Erfüllung von staatlichen Aufgaben in Haftung kommen.

Kommunen haben einen Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzierung. Dazu gehört ein leistungsfähiger kommunaler Finanzausgleich. Das ist kein Gnadenakt von Staatsregierung und Landtag, sondern ist die Basis, damit Kommunen ihre Aufgaben im Staatsgefüge ordnungsgemäß erfüllen können.“ Auf den ersten Blick suggerieren die reinen Zahlen von Steueraufkommen und Finanzausgleichsvolumen einen Aufwuchs. Tatsächlich entwickeln sich die Rahmenbedingungen gebremst wegen Inflation, Personalkosten und Kostensteigerungen. Wachsende Sozialausgaben und Aufgaben belasten die kommunalen Haushalte. Pannermayr: „Die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen muss auf die Tagesordnung. Nötig ist eine Aufstockung von Finanzausgleichsleistungen. Ein gutes Instrument sind Schlüsselzuweisungen. Eine Stärkung der Verbundmasse im allgemeinen Steuerverbund gibt den Kommunen mehr finanzielle Planungssicherheit und Flexibilität. Kommunen brauchen mehr Beinfreiheit und weniger Bürokratie von Förderprogrammen und Modellprojekten.“

Förderprogramme sind eine sinnvolle Ergänzung. Die Fülle an Förderprogrammen mit allen Auflagen und Kontrollmechanismen lässt sich in der Verwaltungspraxis oft nicht mehr abwickeln. Nötig ist mehr kommunale Handlungsfreiheit. Pannermayr: „Die Fülle und Vielzahl an differenzierten Förderprogrammen muss reduziert werden. Verfahren müssen vereinfacht werden. Förderprogramme betreffen häufig auch kommunale Pflichtaufgaben im Bildungsbereich, aber Pflichtaufgaben müssen von Grund auf verlässlich finanziert sein.“ Kommunen brauchen realistische Fristen und Verlässlichkeit. Eine überschaubare Zahl an Fördertöpfen genügen, wenn diese gut ausgestattet sind und eine lange Laufzeit haben. Pannermayr: „Die kommunale Investitionskraft muss mit einem leistungsfähigen kommunalen Finanzausgleich dauerhaft gestärkt werden. Das sorgt für Planungssicherheit und reduziert Bürokratie – mehr gegenseitiges Vertrauen bringt uns alle voran.“

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Mehr Bauland für Wohnungen mobilisieren und verlässliche Förderung sichern Wohnungsbau und Ausbau der Kinderbetreuung sind Dauerbaustellen

Für Familien sind es existenzielle Fragen: Gibt es bezahlbare Wohnungen und ist die Kinderbetreuung gesichert? Der 2. stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Weilheimer Bürgermeister Markus Loth, sagt: „Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen ist eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Freistaat und Kommunen. Eine eigene Wohnung ist die Basis für Teilhabe am Leben – dies gilt für alle, einheimische wie geflüchtete Menschen.“ Wenn das Angebot an bezahlbaren Wohnungen knapp wird, besteht die Gefahr, dass soziale Spannungen wachsen.

Leider sind die Rahmenbedingungen für Wohnungsbau und besonders für sozialen Wohnungsbau ungünstig. So leidet die Baubranche vor allem seit dem Ukraine-Krieg unter Materialmangel und Personalmangel, die Baukosten sind stark gestiegen. Grundstückskosten sind gestiegen. Der Zinsanstieg erschwert besonders den kommunalen Wohnbaugesellschaften die Investition in Wohnungsbau. Loth: „Ohne Grundstücke kann man nicht bauen. Der Staat muss für die Schaffung von Wohnraum effektive bodenrechtliche Steuerungsmöglichkeiten bereitstellen – das kann etwa eine Grundsteuer C für baureife aber unbebaute Grundstücke sein, oder das können wirksame Vorkaufsrechte für Kommunen sein. Der Freistaat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine beherrzte Novelle des Baugesetzbuches einzusetzen. Es muss konsequenter auf eine Mobilisierung von Bauland für den Bau von Wohnungen hingewirkt werden.“

Ein weiteres Manko sind die ungenügenden Wohnraumförderbedingungen. Loth: „Die bayerische Wohnraumförderung ist im Bundesvergleich solide, aber sie hinkt den Entwicklungen hinterher. Die Programme sind zu kurzatmig. Bauprojekte brauchen ihren Vorlauf für Planung, Bau und Abwicklung. Wenn Fördermittel nur von Jahr zu Jahr festgesetzt werden, lässt sich nicht mehr von Planungssicherheit sprechen.“ Ein Beispiel: Die Wohnraumfördermittel für 2022 sind im April 2022 im Haushalt beschlossen worden – damit sind die Mittel meist im Herbst abgeflossen und es herrscht

für ein halbes Jahr Stillstand. Loth: „Fördermittel für Wohnraum müssen planbar und auskömmlich sein. Das gelingt nur mit einer Verdoppelung der staatlichen Mittel auf der Grundlage eines Maßnahmenprogramms, das auf vier Jahre angelegt ist. Ein Fokus sollte auf bezahlbaren Mieten und energetischer Ertüchtigung liegen.“

Eine weitere Dauerbaustelle liegt in der Schulpolitik. Wenn überhaupt geht es bei der Betreuung von Kindern nur im Schnecken-tempo voran. Die Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien für Kultur und Soziales verlaufen zäh. Loth: „Die Kommunen müssen in Bildungsbereich besser unterstützt werden; dies gilt besonders mit Blick auf den Betreuungsanspruch für Kinder im Grundschulalter, der ab dem Schuljahr 2026 wirken soll. Der Freistaat muss vor der eigenen Tür kehren und muss in eigener staatlicher Verantwortung im Schulwesen mehr ganztägige Schulangebote schaffen, damit der Rechtsanspruch für Grundschulkindern umgesetzt werden kann.“

Ein Ärgernis sind ungenügende Rahmenbedingungen für Kindertagesbetreuung. Wer einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung formuliert, muss darauf achten, ob sich in der knappen Frist genügend Räume bauen lassen und ob Personal gewonnen werden kann, damit eine Einrichtung in Betrieb gehen kann. Loth: „Die Kindertagesbetreuung in kommunaler Verantwortung muss so auskömmlich gefördert werden, dass die Rechtsansprüche erfüllt werden können. Es ist ärgerlich, wenn Bund und Freistaat seit Jahren bei Kindern und Eltern Erwartungen wecken, aber die Umsetzung auf sich warten lässt. Es ist ärgerlich, Dinge zu versprechen, bei denen unsicher ist, ob sie sich überhaupt realisieren lassen.“ Der Fachkräftemangel ist enorm. Ohne Erziehungspersonal ist es unwahrscheinlich, dass sich der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Grundschulkindern in einem Zeitfenster erfüllen lässt, das im Schuljahr 2026/27 mit der ersten Klasse beginnt und bis ins Jahr 2030 reicht. Die Kommunen brauchen Rechtssicherheit und Planungssicherheit.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Mehr Klimaschutz erreichen – erneuerbare Energie und ÖPNV ausbauen

Energiewende funktioniert nicht gegen, sondern nur mit Städten

Unwetter und Sturzfluten, Hitzewellen und Dürren sind Warnsignale, dass Klimaschutz nicht vernachlässigt werden darf, sagt der 1. stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung: „Der Klimawandel kommt mit Wucht und Dynamik. Die Folgen mahnen, unser Leben und Wirtschaften nachhaltig umzustrukturieren. Für die Nutzung von Energiequellen sind generationengerechte Lösungen drängend. Der Freistaat verankert gesetzliche Ziele zum Klimaschutz, daher muss er das Konnexitätsprinzip (wer anschafft muss bezahlen) berücksichtigen und für Kostenausgleich sorgen. Es ist nicht sachgerecht, wenn die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz als angeblich freiwillige kommunale Aufgabe bezeichnet wird, um Kosten auf Kommunen abzuwälzen. Klimaschutz ist für alle politischen Ebenen eine Pflichtaufgabe. Der Freistaat muss mehr kommunale Handlungsinstrumente schaffen, Fachkompetenz und Finanzmittel zur Verfügung stellen.“

Erneuerbare Energien sind ein Baustein der Energie- und Wärmewende: Nötig ist ein Ausbau erneuerbarer Energien, dabei stellt sich die Frage, wie Energie zu den Verbrauchern kommt. Strom-Netze können dezentral erzeugte regenerative Energie oft nicht mehr aufnehmen. Jung: „Energiewende funktioniert nicht gegen, sondern nur mit Städten und Gemeinden. Die Kommunen brauchen dafür Steuerungsmöglichkeiten. Denn Kommunen sind mehr als Energielieferanten, sie ordnen das Ortsgebiet, um den Menschen Wohnungen, Arbeitsplätze, Spielplätze, Ackerflächen und Naturflächen zu bieten. Städte forcieren mit ihren Stadtwerken den Ausbau der erneuerbaren Energien, gehen mit Plänen und Konzepten voran.“ Der Freistaat muss als großer Grundeigentümer Liegenschaften für die Erzeugung erneuerbarer Energien vorrangig den Kommunen und regionalen Akteuren zur Verfügung stellen.

Jung: „Wertschöpfung muss vor Ort erfolgen. Die Wertschöpfung muss so dezentral sein, wie es die Erzeugung erneuerbarer Energien selbst ist. Je mehr Wertschöpfung regional zu verbuchen ist,

desto höher ist die Akzeptanz von Windrädern, Solar-Anlagen, Wasserkraft oder Geothermie-Anlagen.“ Stadtwerke sind die technischen Unternehmen der Städte, bieten Wissenstransfers, sind Garant der lokalen Wertschöpfung, betreiben Energieerzeugung, gehen innovative Wege, versorgen Bürgerschaft und Wirtschaft. Jung: „Der Freistaat muss die Stadtwerke besser unterstützen. Nur mit starken Stadtwerken im Netzwerk aus Stadt und Land ist die Versorgungssicherheit im Verbund zu gewährleisten. Wir müssen die notwendigen Energielieferungen aus dem Norden kraftvoll regional ergänzen. Das funktioniert mit lokalen Akteuren wie den Stadtwerken.“

Die Verkehrswende ist ein wichtiges Element, um die Klimaziele zu erreichen. Hier hat der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine Schlüsselrolle. Um möglichst viel Autoverkehr auf ÖPNV, Fuß- und Radverkehr zu verlagern, müssen ÖPNV und Schieneninfrastruktur ausgebaut werden. Dafür ist eine Offensive im Nahverkehr nötig. Jung: „Bund und Freistaat müssen die Investitionen erhöhen, müssen die Verkehrswende finanziell und inhaltlich begleiten – in Stadt und Land. Es braucht Handlungsspielräume für Kommunen bei Tempo-30-Zonen und bei Erhebung von Parkgebühren. Das sind effektive Instrumente, um Klimaschutz zu beschleunigen und die Aufenthaltsqualität in Städten zu verbessern. Wer die Verkehrswende schaffen will, muss den öffentlichen Raum in Städten zu Gunsten von Fahrrädern und Fußgängern erweitern, also: weniger Raum für Autos und Parkplätze.“ In der ÖPNV-Strategie des Freistaats fehlt dieser Aspekt. Da ist Bedarf für Nachbesserung.

Das Deutschland-Ticket ist ein Schritt zum einheitlichen Ticket-System. Jung: „Das Deutschland-Ticket ist nicht die Lösung aller Dinge, aber ein Schritt, um Fahrgäste zu gewinnen. Der beste Tarif hilft nicht, wenn das Nahverkehrsnetz Lücken hat, wenn kein Bus kommt, wenn man am Bahnsteig auf den überfüllten Zug wartet. Die Verkehrsinfrastruktur muss ausgebaut und das Angebot gesichert werden.“

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Empfehlungen für das Obdach- und Wohnungslosenwesen

Unterbringung von obdachlosen Menschen

Allem Anschein nach sollen die überarbeiteten Empfehlungen für das Obdach- und Wohnungslosenwesen, ursprünglich aus dem Jahr 1997, noch in diesem Jahr veröffentlicht werden. Dass es gelungen ist, nunmehr eine aktualisierte und die Prävention deutlicher in den Fokus rückende Version zu erarbeiten, zu der im Juni 2023 die Verbändeanhörung erfolgte, ist grundsätzlich ausdrücklich zu begrüßen.

Gleichwohl sind die Diskussionen zu diesem Thema, das in Zeiten des weiterhin knappen bezahlbaren Wohnraums nichts an Brisanz verliert, nicht einfach. Zuzüge aus dem EU-Ausland bei fehlendem SGB II-/ SGB XII-Anspruch führen zu ganz besonderen Herausforderungen, die vor allem die größeren Städte treffen. Generell tritt Obdach- und Wohnungslosigkeit häufig in Zusammenhang mit psychischen Krankheiten oder multiplen Problemlagen auf. Dass in solchen Notlagen auch Sozialarbeit erfolgen muss, die praktische und organisatorische Unterstützung leistet, ist essentiell. Allerdings fehlt es in der Praxis häufig an ausreichendem Fachpersonal sowie an speziellen Unterbringungs- oder sozialen Einrichtungen, was eine bayernweit flächendeckende, situationsangemessene Betreuung leider immer wieder erschwert.

Notwendig wären mehr niederschwellige akzeptierende Einrichtungen, die eine Kommune selbst nicht stemmen kann und die daher in der Verantwortung des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe oder des Freistaats angesiedelt werden könnten. In diesem Kontext wäre auch zusätzliches, idealerweise staatlich gefördertes Personal bei der sozialpädagogischen Betreuung und Begleitung wichtig. Im Bereich der Prävention und begleitend zu einer (drohenden) Obdach- oder Wohnungslosigkeit greifen soziale Hilfsmaßnahmen, Beratungs- und Unterstützungsangebote, die über die Sozialverwaltungen auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise in Zusammenarbeit mit der Freien Wohlfahrtspflege vorgehalten werden.

Wenn der Zustand der Obdachlosigkeit eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

darstellt, greift das Sicherheitsrecht zur Gefahrabwehr. In diesem Fall ist die Gemeinde als Sicherheitsbehörde in der Pflicht, die unfreiwillige Obdachlosigkeit bei einer konkreten Gefahr als Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu beseitigen. Allerdings birgt das Zusammenspiel von Sozialbehörde und Gemeinde, das aufgrund der unterschiedlichen Verortung bei kreisangehörigen Gemeinden und Landkreis Herausforderungen in der Abstimmung mit sich bringt, auch ein gewisses Konfliktpotential.

Es ist noch einmal ausdrücklich klarzustellen, dass Obdachlosenunterbringung nicht die Lösung für Unterbringungs- und Wohnungsfragen bei anerkannten Asylberechtigten und Familiennachzug, die auszugsberechtigt sind, sein kann, da den Freistaat eine Fürsorgepflicht trifft. Das Sicherheitsrecht greift nur in Fällen plötzlich auftretender Obdachlosigkeit und bei Vorliegen einer konkreten Gefahr als Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie entsprechendem örtlichen Bezug. Es wurde nicht dafür konzipiert, die gesamtgesellschaftliche Herausforderung der Unterbringungsfrage generell zu lösen. Der Bayerische Städtetag setzt an dieser Stelle auf Zusagen des Innenministeriums und die weiter konstruktive Aufgabenerfüllung der Landratsämter.

Immer wieder strittig ist die Frage der örtlichen Zuständigkeit. Daher hält es der Bayerische Städtetag für essentiell, dass – wie bisher – klar gestellt werden soll: Obdachlose werden in erster Linie in gemeindeeigenen oder der Gemeinde zur Verfügung stehenden Unterkünften untergebracht und die Unterbringung auf dem Gebiet einer anderen Gemeinde ist nur mit deren Zustimmung zulässig. Dass zudem die oben dargestellten, engen Voraussetzungen alle kumulativ erfüllt sein müssen, versteht sich von selbst. Nur so ist es möglich, eine sinnvolle Unterkunftsplanung vornehmen zu können, die nicht durch externe Belegung konterkariert werden kann.

Kontakt: inka.papperger@bay-staedtetag.de

Jahreskrankenhausbauprogramm 2023

Investitionsschub für bayerische Krankenhäuser

Der Freistaat Bayern und die bayerischen Kommunen stellen für das Jahreskrankenhausbauprogramm rund 646 Millionen Euro zur Verfügung. Das hat der Ministerrat am 4. Juli 2023 beschlossen; gefördert werden 13 neue Krankenhausvorhaben. Der Bayerische Städtetag begrüßt die Förderung, weist aber darauf hin, dass die Kommunen einen enormen Beitrag leisten, da die Hälfte der Krankenhausumlage im Kommunalen Finanzausgleich nach Art. 10b Abs. 1 Satz 1 BayFAG durch die Kommunen zu tragen ist und auch die örtliche Beteiligung durch die Kommunen geleistet wird.

Auf den ersten Blick steht mit der beschlossenen Fortführung des Krankenhausförderetats in Höhe von rund 646 Millionen Euro eine hohe Summe zur Verfügung, die den bayerischen Kliniken Spielräume bei Sanierungen sowie Um- und Neubauten bietet. Bei näherer Betrachtung fällt jedoch auf, dass insbesondere die inflationsbedingt erheblichen Baukostenerhöhungen und die hohe Anzahl der zu berücksichtigenden Projekte dazu führen, dass auch dieses Volumen schnell ausgeschöpft wird.

Der Bayerische Städtetag hat im Rahmen der Verbandsanhörung und der Gespräche zum Jahreskrankenhausbauprogramm daher wiederholt darauf hingewiesen, welchen wichtigen Beitrag die Kommunen hier durch die hälftige Mitfinanzierung der Krankenhausinvestitionen für die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort leisten, trotz teilweise sehr angespannter kommunaler Haushaltslage.

Das Gesamtvolumen der Investitionsfördermittel für bayerische Kliniken zur Finanzierung aktueller Bauprojekte beläuft sich auf über 4,6 Milliarden Euro. Bislang sind in den Jahreskrankenhausbauprogrammen für 2024 bis 2026 folgende städtische Krankenhäuser vorgesehen:

2024:

- Klinikum Ingolstadt 32,40 Millionen Euro
- Klinikum Passau 33,32 Millionen Euro
- Klinikum Nürnberg 75,41 Millionen Euro

2025:

- RoMed Klinik Prien a. Chiemsee
31,73 Millionen Euro
- Klinikum Bamberg 14,11 Millionen Euro
- Klinikum Ansbach 48,20 Millionen Euro

2026:

- Klinikum Ingolstadt 26,80 Millionen Euro
- Klinikum Nürnberg 252,56 Millionen Euro
- Klinikum Aschaffenburg-Alzenau
81,89 Millionen Euro

Der Bayerische Städtetag wird sich auch weiterhin für die Berücksichtigung städtischer Krankenhausbauprojekte und eine auskömmliche Finanzierung einsetzen.

Kontakt: alexander.weigell@bay-staedtetag.de

**Informationsbrief elektronisch**

Sie können den Informationsbrief auch als pdf per E-Mail abonnieren: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie unter Presse und Veröffentlichungen auf „Informationsbriefe“, klicken „Elektronisches Abo“ an und fügen Ihre E-mail-Adresse ein.

Benchmarking-Projekt Effizienz- und Qualitätsuntersuchung Kommunale Wasserversorgung in Bayern

Mitmachen lohnt sich. Dieses Fazit kann nach der Abschlussveranstaltung zum Benchmarking-Projekt Effizienz und Qualitätsuntersuchung der kommunalen Wasserversorgung in Bayern (EffWB) gezogen werden. Mit der Veranstaltung, die am 26. Juni 2023 im Wasserwirtschaftsamt in Nürnberg stattfand, endete die 8. Hauptrunde. Es wurden die Ergebnisse der bayerischen Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2021 präsentiert.

In seiner Festrede unterstrich der Ministerialdirektor Dr. Rüdiger Detsch vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz die Bedeutung der Benchmarking-Projekte für den Freistaat Bayern. Er bedankte sich bei den Versorgern für ihre Teilnahme und ihr Engagement. Im Anschluss daran wurden den teilnehmenden Versorgern Urkunden verliehen, die zum wiederholten Male am Benchmarking teilgenommen haben.

Auch die weiteren Statements des Wasserwirtschaftsamts Nürnberg und der Verbände sowie der Erfahrungsbericht eines Teilnehmers machten deutlich, welche Bedeutung dem Benchmarking in der Wasserwirtschaft zukommt. Die öffentlichen Wasserversorger und Abwasserentsorger werden durch den Leistungsvergleich unterstützt, ihre Stärken und Schwächen zu analysieren und sich dadurch stetig zu verbessern. Wie wichtig dieser kontinuierliche Verbesserungsprozess ist, zeigen die besonderen Herausforderungen, denen die öffentlichen Wasserversorger gegenüberstehen. Hierzu gehören der Klimawandel, der bevorstehende große Investitionsbedarf in die Versorgungsnetze sowie der aktuelle Fachkräftemangel. Auch hierauf wurde in den verschiedenen Redebeiträgen hingewiesen.

In der 8. Hauptrunde konnte seit den Jahren 2009 und 2015 erstmals wieder eine dreistellige Teilnehmerzahl verzeichnet werden. Mit 137 angemeldeten Versorgern wurde ein neuer Teilnehmerrekord aufgestellt, wobei sich gerade die Anzahl der kleinen Wasserversorger mehr als verdoppelt hatte. Die kleinteilige Struktur der

Wasserversorger in Bayern wird nun auch in der Teilnehmerstruktur deutlicher repräsentiert. Gleichwohl wäre aber eine noch weitere deutliche Steigerung der Teilnehmerzahlen für das Projekt von großer Bedeutung.

Der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag stehen seit langer Zeit als Kooperationspartner hinter dem Benchmarking-Projekt. In einem gemeinsamen Statement haben Städtetag und Gemeindetag auf Folgendes hingewiesen: „Dass Wasserversorger über Kennzahlen voneinander lernen und Stärken und Schwächen der eigenen Anlagen im Vergleich mit anderen ausloten, ist eine eigentlich selbstverständliche Vorgehensweise. Und in Zeiten des Klimawandels kommt diesem Aspekt noch mehr Bedeutung zu, weil durch Benchmarking als zentralem Instrument des Leistungsvergleichs langfristig Ressourcen geschont werden können und eine effiziente und nachhaltige Versorgung gewährleistet wird. Benchmarking ist wie eine offene Türe, die einlädt, das Angebot wahrzunehmen. Wie schön, dass es diese Türe gibt.“

Nach der Runde ist vor der Runde. Mit der Abschlussveranstaltung der 8. Hauptrunde wurde auch der Start der 11. Zwischenrunde eingeläutet. Versorger, die bisher nicht an dem Benchmarking-Projekt teilgenommen haben, werden ermutigt, diesen Schritt zu gehen. Das Projekt wird von der Kanzlei Rödl und Partner betreut, die für weitere Informationen zur Verfügung stehen. Die ausführlichen Ergebnisse der abgeschlossenen Projektrunde stehen im Abschlussbericht, der im Anschluss an die Abschlussveranstaltung veröffentlicht wurde:

<https://www.roedl.de/de-de/de/benchmarking/documents/2023-abschlussbericht-benchmarking-bayern.pdf>

Eine Anmeldung ist jederzeit über den Link möglich:

<https://www.roedl.de/benchmarking/registrierung-wasser-benchmarking>

Kontakt: noel.friedrich@bay-staedtetag.de

Denkmalschutzmedaille 2023

Zum Auftakt der Feierlichkeiten anlässlich des Jubiläums „50 Jahre Bayerisches Denkmalschutzgesetz“ wurden in der Alten Münze in München die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger der Denkmalschutzmedaille 2023 ausgezeichnet, darunter auch Mitglieder des Bayerischen Städtetags. Die Stadt Karlstadt, vertreten durch den Ersten Bürgermeister Michael Hombach, wurde für die Instandsetzung eines ehemaligen, denkmalgeschützten Wohnhauses und der damit verbundenen Revitalisierung eines Gesamtkomplexes für das Museum Karlstadt als Highlight moderner Denkmalpflege prämiert. Ebenfalls erhielt die Stadt Wundsiedel, vertreten durch den Ersten Bürgermeister Nicolas Lahovnik, die Auszeichnung für die innovative Sanierung von vorerst elf Felsenkellern, die einst als Bier- und Vorratskeller fungierten. Mit der Denkmalschutzmedaille werden seit 1978 jährlich besondere Verdienste in der Bau-, Kunst- und Bodendenkmalpflege in Bayern gewürdigt. Vorschlagberechtigt sind die Regierungspräsidenten, die Bezirkstagspräsidenten und die Bezirksheimatpfleger, der Bayerische Landesverein für Heimatpflege sowie die Bistümer und die evangelisch-lutherische Landeskirche. Weitere Informationen zur Denkmalschutzmedaille und zu den Jubiläumsveranstaltungen des Denkmalsommers 2023 in der Alten Münze auf der Homepage des Landesamtes für Denkmalpflege: www.blfd.bayern.de.

12. Nahversorgungstag

Aktuelle Trends, Herausforderungen und Impulse rund um das Thema Nahversorgung, dazu Zeit für Austausch und Netzwerken vor Ort - das bietet der 12. Nahversorgungstag Bayern am 26. Oktober 2023 in Erlangen.

Die Fachtagung steht unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Wirtschaftsministeriums. Das breitgefächerte Programm wendet sich an kommunale Entscheidungsträger jeder Stadtgröße und alle Akteure oder Interessierte aus den Bereichen Wirtschafts-/Standortförderung, Einzelhandel und nachhaltige Kreislaufwirtschaft.

Weitere Informationen:
www.nahversorgungstag.cima.de/

Wiederwahl der Vorsitzenden: Markus Pannermayr Dr. Thomas Jung Markus Loth

In Erlangen wurde der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr als Vorsitzender von der Vollversammlung des Bayerischen Städtetags wiedergewählt.

Als 1. stellvertretender Vorsitzender wurde der Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung wiedergewählt.

Als 2. stellvertretender Vorsitzender wurde Erster Bürgermeister Markus Loth aus Weilheim i. OB wiedergewählt.

Selbstverwaltungskolleg

Das Bayerische Selbstverwaltungskolleg bietet im Oktober ein Seminar mit den Referentinnen und Referenten des Bayerischen Städtetags für Mandatsträger/-innen aus Kommunen mit mehr als 6000 Einwohnern. Das Seminar dient der Vertiefung für Bürgermeister/-innen, Gemeinde- und Stadträte/-rätinnen und wird primär von Referenten des Bayerischen Städtetages begleitet. Es werden insbesondere Themen behandelt, die für größere Kommunen relevant sind. Das Bayerische Selbstverwaltungskolleg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Träger des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs sind der Freistaat Bayern und die Kommunalen Spitzenverbände.

Seminar Nr: 2023/35:
9. Oktober bis 12. Oktober 2023

Anmeldung unter
www.bsvk.info/anmeldung.html

Termine

12.09.2023	Bezirksversammlung Oberbayern in Miesbach
18.09.2023	Bezirksversammlung Mittelfranken in Altdorf b. Nürnberg
22.09.2023	Bezirksversammlung Oberpfalz in Freystadt
25.09.2023	Bezirksversammlung Oberfranken in Bayreuth
25.09.2023	Arbeitsgemeinschaft Veterinärwesen in Würzburg
26.09.2023	Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in München
05.10.2023	Forstausschuss in München
11.10.2023	Arbeitskreis Gutachterausschüsse in Ansbach
12./13.10.2023	Sportausschuss in Augsburg
17.10.2023	Verwaltungs- und Rechtsausschuss in Pfarrkirchen
18.10.2023	Sozialausschuss in Augsburg
19.10.2023	Arbeitskreis Steuern in Augsburg
20.10.2023	Bezirksversammlung Unterfranken in Alzenau
24.10.2023	Arbeitskreis Planen und Bauen vsl. in München
24.10.2023	Wirtschafts- und Verkehrsausschuss in München
25.10.2023	Umweltausschuss in Schwabach
26.10.2023	Arbeitskreis Finanzen in München
27.10.2023	Finanzausschuss in München
27.10.2023	Schulausschuss in Markt Metten
07.11.2023	Bau- und Planungsausschuss in München
08.11.2023	Bezirksversammlung Niederbayern in Eggenfelden
09.11.2023	Personal- und Organisationsausschuss in München
14.11.2023	Vorstandssitzung in München
16.11.2023	Pressekonferenz in München
20.11.2023	Bezirksversammlung Schwaben in Neu-Ulm
22.11.2023	Arbeitskreis Informations- und Kommunikationstechnik (IuK)
24.11.2023	Gesundheits- und Pflegeausschuss
28.11.2023	Kulturausschuss in München
29.11.2023	Erfahrungsaustausch der IT-Leiter/-innen der Großen Kreisstädte in München
06.12.2023	Wirtschafts- und Verkehrsausschuss in München
07.12.2023	Arbeitskreis Bestattungswesen in Nürnberg

- abgeschlossen am 11.07.2023 -